

Schweiz

UBS und Credit Suisse sind von der Bonussteuer kaum betroffen

Eine Mehrheit der Wirtschaftspolitiker hat sich auf eine Steuer auf hohen Managerbezügen geeinigt. Experten halten die Regel für streng, auf Grossbanken werde sie sich aber erst mittelfristig auswirken.

David Schaffner

Die Entrüstung war gross, als die UBS trotz Verlusten auch diesen Frühling wieder Boni in Millionenhöhe genehmigte. Viele Politiker übertönten sich gegenseitig im Ruf nach strengen Regeln. In einer konzertierten Aktion haben die Wirtschaftspolitiker des Ständerats und Nationalrats in den vergangenen Tagen mehrere Vorstösse beraten. Durchgesetzt hat sich das sogenannte Tantiemen-Modell der CVP. Die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrats hat alle anderen debattierten Vorstösse in den letzten zwei Tagen abgelehnt.

Betroffen von der neuen Steuer wären rund 2000 bis 3000 Personen, wie der Steuerexperte Jörg Walker der Beratungsfirma KPMG grob schätzt. Auf ihren Bezügen müssten die Firmen eine Gewinnsteuer entrichten – allerdings nur auf jenem Teil, der die Gesamthöhe von drei Millionen Franken übersteigt. Diese Obergrenze wollen die Politiker im Aktienrecht festlegen: Löhne und Boni, die darunter liegen, könnte eine Firma weiterhin von den Steuern abziehen.

Die WAK des Nationalrats hat das Modell mit 14 zu 12 Stimmen angenommen – und darin Details geregelt, die ein Umgehen der Steuer erschweren: Es sieht vor, dass zur Gesamtsumme auch Provisionen, Teuerungszulagen oder Naturalleistungen zählen. Vergütungen durch Tochtergesellschaften oder andere «nahestehende» Firmen dürfen davon nicht abgezogen werden. «Wir haben die Schlupflöcher gestopft», sagt CVP-Nationalrat Pirmin Bischof. «Manager können beispielsweise keine weiteren Bezüge über eine dritte Firma erhalten, die in ihrem Besitz ist.»

Weniger Beiträge für die AHV

Neben der Zusammensetzung der Summe legt das Modell fest, unter welchen Voraussetzungen sehr hohe Bezüge überhaupt erlaubt sind: Die Firma muss einen Gewinn erzielen, die Zuweisungen an die gesetzlichen Reserven gemacht und eine Dividende in der Höhe von mindestens fünf Prozent ausbezahlt haben. Überdies müssen die Aktionäre solch hohe Bezüge an der Generalversammlung gutheissen: «Dies gibt einen echten finanziellen Anreiz, keine ungerechtfertigt hohen Bezüge mehr zu gewähren», sagt Bischof. Aktionäre müssten sich nämlich überlegen, ob sie lieber selber eine höhere Dividende wollten oder die Manager vergolden möchten.

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat Rudolf Strahm begrüsst diese detaillierten Vorschriften, warnt aber vor zu grossen Hoffnungen: «Die UBS und die CS haben hohe Verluste gemacht und werden während Jahren keine Gewinnsteuer bezahlen. Ausgerechnet die grössten Banken müssten vorerst ihre hohen Boni und Löhne nicht versteuern.» Überdies würden rund 90 Prozent der sehr hohen Boni durch Banken-Tochterfirmen in den USA oder



Lichtspiele am Paradeplatz: Die Bürogebäude von UBS (links) und Credit Suisse. Foto: Martin Rüetschi (Keystone)

London ausbezahlt – auf diesen würden die Schweizer Steuern nicht anfallen.

Der Steuerexperte Jörg Walker nennt einen weiteren Grund, warum die Einnahmen für den Staat kleiner ausfallen dürften als erhofft: «Eine Einführung der Steuer würde bei konsequenter Betrachtung nach sich ziehen, dass auf

Bezügen über drei Millionen keine Sozialversicherungsbeiträge von 11 Prozent für AHV und IV mehr anfallen. Die tatsächliche Abgabe würde dadurch kleiner ausfallen, als es den Anschein macht.»

Fundamentaler Widerstand gegen das Modell kommt von Christoph Blo-

cher: «Die SVP ist dagegen, weil es kurzfristig gewinnorientierte und schädliche Strategien fördert. Es treibt Manager dazu, überhöhte Gewinne auszuweisen, damit die eigenen Vergütungen möglichst hoch ausfallen.»

Bischof und Walker sind überzeugt, dass Revisionsfirmen dies unterbinden würden. Christoph Blocher aber sagt: «Revisionsfirmen, Ratingagenturen und Aufsichtsbehörden werden dies nicht verhindern können, so wie sie auch weltweit vor der Finanzkrise all die unglaublichen Risiken übersahen.»

Blocher will Sperrkonto

Die SVP will in einem hängigen Vorstoss die Vergütungen an eine nachhaltige Geschäftspolitik knüpfen: «Firmen aus dem Banken- und Finanzdienstleistungssektor sollen Vergütungen in einer Gesamthöhe von beispielsweise über zwei Millionen Franken auf ein Sperrkonto einbezahlen», sagt Blocher. «Erst nach fünf bis zehn Jahren sollen die Manager das Geld erhalten. Und nur dann, wenn es in der Zwischenzeit nie einen Verlust gab.» Habe es hingegen Verluste gegeben, müsse das Geld auf dem Sperrkonto zur Deckung verwendet werden.

Aufarbeitung des Justizfalls UBS

Bundesrat will Oswald Grübel treffen

Es soll dabei um eine bankeninterne Untersuchung gehen.

David Schaffner

Der Bundesrat will sich mit der obersten Führung der UBS um Oswald Grübel über eine unabhängige Aufarbeitung der Vorgänge bei der Grossbank rund um die Herausgabe von Kundendaten an die USA unterhalten. Bundespräsidentin Doris Leuthard hat einen Brief der UBS mit einer Bitte um ein Gespräch «im Namen des Bundesrats beantwortet», wie eine Sprecherin Leuthards auf Anfrage sagt. «Der Bundesrat entspricht dem Wunsch der UBS nach einem Gedanken-

austausch. Eine Delegation der Regierung wird sich im Verlauf des Sommers mit der UBS-Spitze treffen.»

Konkret geht es um ein Gespräch über eine Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission (GPK), die die Herausgabe der UBS-Kundendaten durch die Bankenaufsicht Finma untersucht und einen Bericht vorgelegt hat. Die GPK forderte die UBS wie auch den Bundesrat dazu auf, eine bankeninterne Untersuchung einzuleiten und Transparenz zu schaffen, wieso sich die Bank gegen eine Zivilklage gegen ihr altes Management entschieden hatte. Die UBS hat den Brief Anfang Monat an den Bundesrat wie auch an die GPK geschickt. Die GPK hat ein Treffen abgelehnt.

Alfred Donath verstorben

Der Ex-Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) ist tot. Alfred Donath verstarb 78-jährig in der Nacht auf gestern, wie SIG-Präsident Herbert Winter mitteilte. Donath wurde 1932 in Yverdon als Rabbiner-Sohn geboren. Er studierte Medizin in den USA und in Bern. 2000 wurde Donath Nachfolger von Rolf Bloch als SIG-Präsident.

Donath erlebte die Endphase der Kontroverse um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. In der Auseinandersetzung um den Nahost-Konflikt unterstützte er die Friedensbemühungen, kritisierte aber mehrfach die seiner Ansicht nach zu israelkritische Haltung des Eidgenössischen Auswärtigen Departements.

Heftig war der Streit um finanzielle Unregelmässigkeiten beim Jüdischen Weltkongress (WJC). Alfred Donath forderte 2004 eine Überprüfung der Vorgänge auf Schweizer WJC-Konten, was ihm scharfe Kritik von Spitzenfunktionär Israel Singer eintrug. Der Rücktritt Singers im Jahr 2007 machte den Weg für eine Wiederannäherung des SIG an den WJC frei. (sda)



Alfred Donath.

Wer mehr fährt, soll mehr zahlen

Economiesuisse will, dass auch Strassenbenutzer verursachergerechte Preise bezahlen sollen. Der Wirtschaftsverband fordert eine «drastische Vereinfachung» der Verkehrsfinanzierung. In einer Studie schlägt Economiesuisse ein «echtes Mobility Pricing» für Schiene und Strasse vor. Benutzer sollen verursachergerechte Preise zahlen. Die Verkehrsfinanzierung müsse vereinfacht und verursachergerecht ausgestaltet werden. Economiesuisse plädiert deshalb dafür, das bestehende System durch ein Mobility Pricing zu ersetzen, das für Strasse und Schiene angewendet werden soll. «Wer mehr fährt, bezahlt mehr – wer weniger fährt, zahlt weniger», erklärte Reber. Auf keinen Fall dürfe ein Mobility Pricing aber als verstecktes Road Pricing wie in den Niederlanden eingeführt werden. (sda)

Kurz

Ständerat Kommission für Verbot von Schlachttier-Transporten

Die Durchfuhr von Schlachttieren durch die Schweiz soll generell verboten werden. Die Wissenschaftskommission des Ständerats hat sich für strengere Regeln ausgesprochen. Heute gilt das Transitverbot für Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine, nicht aber für Pferde und Geflügel. Ausserdem ist nur der Strassentransit, nicht aber die Durchfuhr per Bahn oder Flugzeug verboten. Die beratenden Kommissionen beider Räte sprachen sich für eine Verschärfung aus. Nun geht es um die Ausgestaltung der neuen Regeln. Die Nationalratskommission hatte eine Ausweitung des Verbots auf Pferde und Geflügel vorgeschlagen, aber eine Ausnahme eingebaut für den Transport von Tieren, die an Ausstellungen gebracht werden. Der Nationalrat strich diese Ausnahme wieder. Die Ständeratskommission ist nun noch weiter gegangen: Sie möchte die Durchfuhr von Schlachttieren auf allen Transportwegen ausdrücklich verbieten. (sda)

Rüstung Armee erhält Simulatoren für 295 Millionen Franken

Der bislang grösste Simulatorenverbund der Schweizer Armee wurde gestern in Thun der Truppe übergeben. Die neuen Schiess-, Gefechts- und Taktiksimulatoren ermöglichen eine Kollektivausbildung zum Einsatz von schweren Panzerfahrzeugen bis auf Stufe Bataillon. Eine derartige Übung wäre im Gelände kaum durchführbar. Das in einer Datenbank verfügbare virtuelle Gelände ist so gross wie der Kanton Freiburg und zählt 460 Dörfer und Städte. (sda)

Das Libyen-Schiedsgericht kostet die Schweiz 1,7 Millionen Franken

Auf die Schnelle hat die Finanzdelegation der Räte 1,7 Millionen Franken für Verfahrenskosten im Fall Ghadhafi sprechen müssen.

Verena Vonarburg

Eigentlich steht die Sache schon seit letztem August fest. Und doch hat der Bund die Kosten für ein internationales Schiedsgericht zur Festnahme Hannibal al-Ghadhafis in Genf nicht ordentlich budgetiert.

Nun hat die Finanzdelegation (Findel) von National- und Ständerat, das sind drei National- und drei Ständeräte, Ende letzter Woche 1,7 Millionen Franken sprechen müssen, damit das Ad-hoc-Gericht in Berlin seine Arbeit aufnehmen und verrichten kann. Diesen Entscheid hat das Parlament bemerkenswerterweise

nicht von sich aus bekannt gegeben. Hans Altherr, FDP-Ständerat und Präsident der Finanzdelegation, bestätigt nun einen Bericht von Radio DRS: Der Entscheid, den Nachtragskredit zu genehmigen, sei mit 3:3 Stimmen und dem anschliessenden Stichentscheid des Präsidenten, ihm selbst, gefallen.

Ein Resultat, das nicht anders hat ausfallen dürfen, da die Schweiz mit Libyen das Schiedsgericht vereinbart hat. «Die Finanzdelegation hatte praktisch keine andere Wahl, als dem Entscheid des Bundesrates zuzustimmen», bestätigt Altherr. Umso bemerkenswerter der knappe Ausgang der Abstimmung in der Delegation. «Bei uns war das Geschäft sehr umstritten. Wir haben es sehr kontrovers diskutiert», so Althaus, «wir waren alle der Meinung, es ist zu teuer.» Gewisse Delegationsmitglieder verlangten, anstelle eines Nachtragskredits

müsse der Bund den Betrag intern kompensieren, «aber wir wussten nicht wo». Letztlich habe er zugestimmt, sagt Altherr, um das Ganze nicht zu gefährden.

Insgesamt sind es 3,2 Millionen

Bleibt die Frage, warum das Geld nicht ins ordentliche Budget aufgenommen worden ist, wo doch der damalige Bundespräsident Merz das Schiedsgericht am 20. August 2009 bereits mit Libyen vereinbart hatte und absehbar war, dass es irgendwann einmal eingesetzt würde – wenn auch mit den bekannten Verzögerungen. Diese Frage sei in der Findel auch aufgeworfen worden, sagt Altherr: «Tatsächlich kann man die Meinung vertreten, man hätte zwei, drei Millionen auf Reserve für Libyen ins Budget aufnehmen können.» So hätte immerhin das ganze Parlament entscheiden können. Der Bundesrat argumentiere, man

habe «Ghadhafi nicht zeigen wollen, womit man an Kosten rechne».

Auch die Präsidentin der nationalrätlichen Finanzkommission ist nicht erbaut über die Angelegenheit. «Ich war schon ungehalten über die Idee dieses Schiedsgerichts, das am Schweizer Rechtsstaat vorbeigeplant wurde. Und dass jetzt da mit ziemlicher Verspätung noch Folgekosten daherkommen, das erstaunt mich doch sehr», sagt Margret Kiener Nellen. Ändern lässt sich jedoch nichts mehr, der Entscheid der Finanzdelegation ist abschliessend. Oder wie Altherr sagt: «Das ist jetzt gegessen.»

Die 1,7 Millionen kommen zu den 1,5 Millionen hinzu, die der Bund auf ein Sperrkonto überwiesen hat. Libyen bekommt diese Summe, falls Genf die Schulden für die Herausgabe der Polizeibilder Hannibal al-Ghadhafis nicht findet.